

Heute in der Zeitung

POLITIK

Krisenstimmung in der FDP

Die Skizze einer Flugbahn: wie es zum Absturz des FDP-Fraktionschefs Ulrich Noll gekommen ist. SEITE 6

Pakistans Flüchtlinge verzweifeln

Millionen von Pakistanern sind auf der Flucht. Doch die internationale Hilfe erreicht nur wenige von ihnen. SEITE 8



AUS ALLER WELT

Trendsport Rutschen

Jens Scherer fliegt mit Tempo 90 die höchsten Wasserrutschen der Welt hinunter. Ein neuer Trendsport. SEITE 10

WIRTSCHAFT

Werden Rettungsschirme zugeklappt?

Bis vor kurzem galt Staatshilfe für kriselnde Unternehmen als Allheilmittel. Inzwischen mehren sich die Zweifel. SEITE 13

Der Quelle-Katalog erscheint trotzdem

Zwischenzeitlich war die Institution gefährdet. Nun wird der Quelle-Katalog dank öffentlicher Garantien gedruckt. SEITE 15



ENTDECKEN

Korallen in Gefahr

Der Klimawandel setzt den Korallenriffen zu. Aus farbenfrohen Lebensräumen wird eine trostlose Wüste. SEITE 22

STUTTGART & BADEN-WÜRTTEMBERG

Streit über Waffenbörse

Stuttgart gibt sie ab, Sindelfingen will sie nicht haben: besitzt die umstrittene Waffenbörse Zukunft? REGIONALTEIL

Ulm setzt auf den Bahnausbau

Der Stadt Ulm kann es mit Stuttgart 21 nicht schnell genug gehen, eigene Pläne am Bahnhof sind unumstritten. SEITE 29



REPORTAGE

Die Gesichter der Täter

Rainer Wortmann ist Phantom auf der Spur. Er setzt Verbrechergesichter am Computer zusammen. SEITE 34

KULTUR

Interview mit US-Autor Louis Begley

Führt Barack Obama die USA auf den richtigen Weg? Fragen an den New Yorker Anwalt und Intellektuellen. SEITE 35

Wilder „Tatort“-Ermittler aus Stuttgart

Im Fernsehen mimt Felix Klare den braven Kommissar Bootz. In Wirklichkeit ist er ganz anders. SEITE 37



SPORT

Klitschkos WM-Kampf

Die Arena „Auf Schalke“ bekommt ihr Boxspektakel: vor 60 000 Fans steigt Wladimir Klitschko in den Ring. SEITE 42

Kommentare

„Forscher mit politischer Vision“ Alexander Mäder fordert mehr Zurückhaltung der Klimawissenschaftler. SEITE 22

„Leerpläne“ Über die Schulen ist von jeher debattiert worden, zeigt Achim Wörner in den „Stadtansichten“. SEITE 23

Rubriken

Leserforum	9	Fernsehprogramm	37, 38
Wetter	11	Was Wann Wo	39, 40
Impressum	14	Sonderveröffentlichung	
Börse	19, 20	Gebrauchtwagen	V5, V6
Bekanntmachungen	31	Sonderveröffentlichung	
Familienanzeigen	32, 33	Weiterbildung	V10, V11

stuttgarter-zeitung.de

Die Fotos des Tages

Ein Bild sagt mehr als tausend Worte

Man kann Ereignisse in viele Worte packen – oder in ein einziges Foto. Schauen Sie sich unsere Bilder des Tages an.



Stuttgarter-Zeitung-Lauf

Wir wollen Ihre Bilder!

Sie sind beim StZ-Lauf dabei? Dann schicken Sie uns Ihre Bilder – und schreiben Sie Ihre Lauferlebnisse für uns auf!

Ihr Kontakt zur Stuttgarter Zeitung

Telefon	Zentrale und Redaktion 07 11/72 05-0	Fax	Redaktion 07 11/72 05-12 34
	Anzeigen 018 03/07 07 07*		Anzeigen 018 03/08 08 08*
	Leserservice 018 01/66 55 66*		Leserservice 07 11/72 05-86 65
	Probe-Abonnement 0 80 00 14 14 14		* 01801: 0,039 Euro/Min. 01803: 0,09 Euro/Min.
Online	www.stuttgarter-zeitung.de	E-Mail	Redaktion: redaktion@stz.zgs.de
	www.stuttgarter-zeitung.de/meinung		Anzeigen: anzeigen@stz.zgs.de
	www.stuttgarter-zeitung.de/digitalabo		Leserservice: vertrieb@stz.zgs.de
	www.stuttgarter-zeitung.de/anzeigenbuchen		

Wie Europa aus der Krise finden will

Tagesthema

EU-Gipfel Finanzkrise, Verfassungskrise, Vertrauenskrise – die 27 Staats- und Regierungschefs sind in einer für Europa dramatischen Zeit nach Brüssel gekommen. Ihre Beschlüsse sollen Stärke demonstrieren, Kritiker sprechen von Routine zur falschen Zeit. *Von Thomas Gack, Brüssel*



Brüsseler Lächeln: Merkel lässt sich von einem Protokollmitarbeiter (re.) mit den Polen Tusk (hinten) und Kaczynski (vorne) zum Gruppenbild aufstellen. Foto: AFP

Die Bürger interessieren sich kaum für Europa

Die Wahlbeteiligung bei Europawahlen
Angaben in Prozent



StZ-Grafik: zap

Eurobarometer Die geringe Beteiligung an der Europawahl ist ein Spiegel des Desinteresses an der EU. Als im sogenannten Eurobarometer vom April gefragt wurde, ob die Wahl von Interesse sei, antworteten nur 44 Prozent mit Ja, was der Beteiligung zwei Monate später entsprach. Ausgeprägt ist die Ignoranz in Großbritannien, Osteuropa und Spanien. Zugleich wollen 54 Prozent der Europäer, dass „der Aufbau Europas vorangetrieben wird“.

ven haben nämlich angekündigt, dass sie in diesem Fall die schon vollzogene parlamentarische Ratifizierung rückgängig machen wollen.

3 Eine bessere Aufsicht über die Finanzmärkte installieren

Obwohl deshalb die Verfassungskrise der EU noch keineswegs beendet ist, hat die weltweite Wirtschaftskrise den Regierungschefs weit mehr Sorgen be-

reit. Die EU-Kommission hat inzwischen die Lehren aus der Krise gezogen. Das alte System von weitgehend nationalen Finanzaufsichten habe in der Krise versagt, sind sich inzwischen alle einig. Die Behörde hatte deshalb vorgeschlagen, ein zweistufiges europäisches Frühwarnsystem für drohende Finanzkrisen zu schaffen: Einmal soll ein „Europäischer Rat für Systemrisiken“ das internationale Finanz-

system genau beobachten, die Risiken und die Stabilität des Systems bewerten und bei ersten Zeichen einer Krise die Alarmglocke ziehen. Zum andern sollen die nationalen Finanzaufsichtsbehörden künftig enger mit den europäischen Kontrollgremien vernetzt werden. Das so neu entstehende „Europäische Finanzaufsichtssystem“ wird, so hofft man in Brüssel, eine schärfere Überwachung der einzelnen Banken, der Versicherungen und Wertpapierhändler in der EU ermöglichen.

„Die Europäische Union und die USA haben die Lehren aus der Krise gezogen“, sagte Bundeskanzlerin Angela Merkel nach dem Gipfel. Sie betonte, dass die Beschlüsse sogar noch über die ursprünglichen Vorschläge der Kommission hinausgingen. Nun werde darauf hingearbeitet, das EU-System und die von US-Präsident Barack Obama vorgeschlagenen Finanzmarktregeln in Einklang zu bringen.

4 Mit einer großen EU-Kommission neuen Streit vermeiden

Die Gesetzesvorschläge soll die EU-Kommission möglichst zügig nach der Sommerpause vorlegen. Ob dann schon die neue EU-Kommission zum 1. November die Arbeit nahtlos übernehmen kann, ist aber ungewiss. So wollen die Staats- und Regierungschefs möglichst das Inkrafttreten des Lissabon-Vertrags abwarten. Müsstensie nach dem alten Vertrag von Nizza vorgehen, müsste ein Mitgliedsland auf einen Kommissar verzichten. Nur mit „Lissabon“ bleibt es bei der Regel, dass jeder Staat einen Kommissar entsendet und Streit vermieden wird. Viel spricht daher dafür, dass die alte Kommission länger als vorgesehen amtiert.

5 Mit Barroso Kontinuität in der Krise demonstrieren

Immerhin ist klar, wer Chef der EU-Kommission werden soll. Die Staats- und Regierungschefs nominierten José Manuel Barroso einstimmig für eine zweite Amtszeit (siehe Artikel unten). Dabei handelt es sich um einen politischen Beschluss, der nach der noch ungewissen Zustimmung des Europaparlaments Mitte Juli formalisiert werden muss. Merkel hob hervor, dass auch die sozialistischen Regierungschefs für Barroso votierten.

6 Den protestierenden Bauern Europas entgegenkommen

Auf Anregung der Kanzlerin beauftragten ihre Kollegen gestern die Kommission zudem, innerhalb zweier Monate die Verwerfungen des Milchmarkts zu untersuchen und Vorschläge zur Stabilisierung der Preise zu machen. An beiden Gipfeltagen hatten aus Deutschland und Frankreich angezeigte Milchbauern gegen den massiven Preisverfall ihres Produktes protestiert. Mit Traktoren blockierten sie die Zugangsstraßen zur Innenstadt und sorgten stundenlang für ein Verkehrschaos in der Europa-Hauptstadt.

Routinierte Tagesordnung

Debatte Der EU-Gipfel hätte andere Schlüsse aus der Europawahl ziehen müssen, sagen Experten. *Von Christopher Ziedler*

Kommt der Lissabonner Vertrag, wird alles gut. Das ist die Botschaft, die auch von diesem EU-Gipfel ausgeht. Europas Staats- und Regierungschefs setzen bei der Überwindung des bei den Wahlen zutage getretenen Desinteresses voll auf das Reformwerk, das dem Europaparlament mehr Rechte, dem Bürger die Möglichkeit eines Volksbegehrens und der EU mit einem länger amtierenden Ratschef ein Gesicht gibt.

Politologen bezweifeln, ob es damit getan ist. „Der Europäische Rat hat nicht richtig reagiert“, sagt etwa der Münchner Professor und frühere Kohl-Berater Werner Weidenfeld, „er hätte sich um einen Aufbruch bemühen müssen“. Zwar verkünde man lauthals, den „Weckruf“ der Wähler verstanden zu haben, doch habe man „statt eines Strategiegipfels einen Routinegipfel abgehalten“.

„Das Weiter-so wird weitergehen“, befürchtet auch Oscar Gabriel von der Uni Stuttgart. Und das in einer Zeit, da „die einst attraktive Idee Europa“ bei den Bürgern heute vor allem für „Bürokratie, Geldverschwendung und die Überreglementierung vieler Lebensbereiche“ stehe. Den kontinuierlichen Ansehensverlust habe die EU „einfach laufen lassen“, so Gabriel. „Mit einer

markigen Erklärung des EU-Gipfels lässt sich das nicht lösen.“

Den Lissabon-Vertrag halten die Experten zwar für einen Fortschritt, „der aber das Grundproblem Europas – die mangelnde Transparenz von Entscheidungen – nicht löst“, wie Weidenfeld folgert. Gabriel nennt die in drei Referenden abgelehnte Reform „eine Geschichte, die nur Eliten wichtig ist, für die Bevölkerung aber keinen Unterschied macht“. Es gelte herauszustellen, was die EU dem Einzelnen bringe.

„Was ganz oben auf der Tagesordnung hätte stehen müssen“, rügt Johannes Becker von der Uni Marburg, „ist die Frage, warum die Menschen eine EU ignorieren, deren Bedeutung immer größer geworden ist.“ Er fordert eine bessere Informationspolitik, einen Wahlkampf der nationalen Parteien, der nicht wie der jüngste an „Volksverdummung“ grenze, und statt des Festhaltens am Lissabon-Vertrag einen mehrjährigen Diskussionsprozess von unten über die künftige Verfasstheit Europas. Dafür plädiert auch Joachim Fritz-Vannahme, Programmleiter der Bertelsmann-Stiftung – aber nur, wenn der Reformvertrag scheitert: „Dessen Leitmotiv ‚Vertiefen und Erweitern‘ trägt nicht mehr.“

„Das Weiter-so wird weitergehen.“

Der Politologe Oscar Gabriel von der Uni Stuttgart

Barroso zwischen allen Stühlen

Führung Ausgerechnet der blass gebliebene Kommissionschef soll die Krise der EU meistern. *Von Thomas Gack, Brüssel*

Der Aufstand könnte blamabel enden. Daniel Cohn-Bendit, der Frankreichs Grüne gerade zu einem Wahlsieg geführt hat, trommelte diese Woche gegen eine zweite Amtszeit des EU-Kommissionschefs José Manuel Barroso und ließ rote Verkehrsschildchen mit dessen Foto verteilen: „Stop Barroso“. In den vergangenen fünf Jahren habe der „Liberalisierung, Privatisierung und Deregulierung“ vorangetrieben und zu wenig für den Schutz von Arbeitnehmern und Umwelt getan. Sozialdemokraten im Europaparlament werfen dem Mann aus der obersten Etage der EU-Behörde vor, zu zaghaft auf die Finanzkrise reagiert zu haben. Doch konnten beide Parteien bisher keine aussichtsreiche Alternative anbieten.

Die 27 Staats- und Regierungschefs beeindruckte das rot-grüne Lamento denn auch nicht sonderlich. Sie nominierten Barroso gestern einstimmig. Und selbst im Parlament dürfte sich Mitte Juli, wenn Barroso bestätigt werden muss, eine Mehrheit für ihn finden. Denn neben den Christdemokraten werden viele Liberale und auch Sozialisten für den Portugiesen votieren.

Allerdings gilt Barroso, den Spötter als „Mann ohne Eigenschaften“ bezeichnen, weder im Kreis der Regierungschefs noch bei Europas Volksvertretern als Idealbeset-

zung für die Brüsseler Schlüsselrolle. Zu blass und verhalten war seine Amtsführung. Zu sehr war er Wachs in den Händen der Regierungen. Er wollte es allen recht machen – großen und kleinen, alten und neuen EU-Staaten, der Wirtschaft und den Klimaschützern – und landete zwischen allen Stühlen.

Dabei besitzt Portugals Expremier Sachverstand. Als Politiker eines kleinen Landes gehört die Fähigkeit zu vermitteln zu seinen Stärken. Um seiner Rolle als Motor der Integration und Wächter der EU-Verträge gerecht zu werden, muss er aber mehr sein als ein Sekretär der 27 Regierungen. Im zweiten Anlauf wird Barroso mehr gestalterischen Mut entwickeln müssen.

Kritiker nennen Barroso einen Mann ohne Eigenschaften.

Foto: AP

